

„Land kann sich nicht mehr rausreden“

ORTSUMFAHRUNG Bürgerinitiative erstaunt über Auskunft von Staatssekretär

GANDERKESEE/DELMENHORST/STI – Wie wird es mit den Planungen der B 212 neu und der B 213 (Ortsumgehung Delmenhorst) im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans weitergehen? Diese Frage beschäftigt die Menschen in Ganderkesee und Delmenhorst, zumal die rot-grüne Landesregierung die B 212 neu mit dem Vermerk „ohne Anschluss an die L 875“ zum Bundesverkehrswegeplan gemeldet hat. Danach wäre die so genannte Entlastungsachse für Delmenhorst über Ganderkesee unwahrscheinlich.

Als „überraschend“ wertet die Interessengemeinschaft

(IG) „B212-freies Deich- und Sandhausen“ ein Antwortschreiben des zuständigen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU). Er schreibt unter anderem:

„Zu Ihrer Frage, den weiteren Fortgang der Planungen betreffend, weise ich darauf hin, dass die Länder nach Artikel 90 und 85 des Grundgesetzes die Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes in eigener Zuständigkeit planen, bauen unterhalten und verwalten. Somit entscheidet das Land Niedersachsen unter Berücksichtigung seiner Planungsmittel und Planungskapazitäten auch allein über den

Einsatz seiner Planungsressourcen.“

„Demnach hat das Land Niedersachsen also durchaus Möglichkeiten, die Planungen zur B 213 (Ortsumfahrung Delmenhorst) zu stoppen, indem es einfach keine Planungsressourcen zur Verfügung stellt“, teilten die IG-Sprecher Uwe Kroll und Martin Clausen am Freitag mit. „Das Land kann sich nicht mehr rausreden“, sagte Kroll.

Dem Bund seien auch dann die Hände gebunden, falls er selbst die B 213 (Ortsumfahrung Delmenhorst) für den Bundesverkehrswegeplan 2015 nachmelden würde. Und auch die Eingriffsmöglichkei-

ten des Landes in den weiteren Planungsforgang der umstrittenen B 212-Südvariante seien weitreichend.

Im Januar 2013 klang das aus Hannover noch ganz anders: Damals hatte der Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsministers Jörg Bode (FDP) mitgeteilt, dass die Niedersächsische Landesregierung rechtlich dazu verpflichtet sei, die Planungen für die nicht gewünschte Ortsumfahrung Delmenhorst weiter voran zu treiben. Nun stelle sich die Frage, inwieweit die neue rot-grüne Landesregierung von ihren umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch machen wird.

NWZ Ganderkesee 03.08.2013